

FreiBrief aus Berlin

10/2015



Sehr geehrte Damen und Herren,

nach wie vor stellt der Flüchtlingsstrom die anderen Themen in der öffentlichen Berichterstattung in den Schatten. Beim Gipfeltreffen in der vergangenen Woche haben sich nun der Bund und die Länder auf weitere Maßnahmen verständigt. Bei dem Gesetzespaket zum Asylrecht handelt es sich um das bedeutsamste seiner Art seit den 1990er Jahren. Das Maßnahmenpaket trägt die klare Handschrift der Union. Es wird maßgeblich von dem Gedanken geprägt, dass wir genau unterscheiden wollen zwischen denen, die unseres Schutzes bedürfen, und denen, die offensichtlich nicht schutzbedürftig sind. Ein zentrales Anliegen war es, die Länder Albanien, Kosovo und Montenegro zu so genannten sicheren Herkunftsländern zu ernennen. Damit wird es künftig möglich sein, Asylbewerber aus diesen Ländern – die im Übrigen rund die Hälfte aller Asylanträge stellen und deren Schutzquote gegen Null tendiert – schneller abschieben zu können.

Nach dem in Baden-Württemberg das neue Schuljahr begonnen hat, haben mich in den letzten zwei Wochen zahlreiche Schulklassen aus meinem Wahlkreis in der Bundeshauptstadt besucht. Die Gespräche und die Diskussionen mit den Jugendlichen und ihren Lehrern ist mir sehr besonders wichtig, schließlich möchte ich auch erfahren, welche Themen von Interesse sind und was konkret von der Politik erwartet wird. Über Besuche aus dem Schwarzwald und der Baar freue ich mich sehr, denn diese tragen auch immer ein Stück Heimatgefühl nach Berlin.

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	1
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	4
<i>Höherer Mindestlohn zementiert Hartz IV</i>	6
<i>Redaktionsbesuche beim Schwarzwälder Boten und beim Südkurier</i>	6
<i>Nächste Bürgersprechstunde am 29. Oktober 2015</i>	6

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

Asylherausforderung wird uns auf Jahre begleiten

Kein Thema beschäftigt, die Politik und die Menschen in unserem Land derzeit so sehr wie die Flüchtlingsherausforderung, vor der wir angesichts von mehreren Tausend Asylbewerbern stehen, die unser Land jeden Tag erreichen. Das liegt sicherlich nicht nur an der Größenordnung des Zustroms oder an der Vielschichtigkeit des Problems, da alle Ebenen unseres Gemeinwesens – von der Kommune bis zur EU – unmittelbar mit den Folgen zu kämpfen haben. Auch dass die Auswirkungen der plötzlichen Masseneinwanderung auf Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte wirken und unser Land womöglich nachhaltig verändern werden, spielt eine große Rolle. Darum ist es nicht verwunderlich, dass viele Menschen in unserem Land bei derart tiefgreifenden Umbrüchen in großer Sorge sind.



Gesunder Menschenverstand und christliche Werte als Basis unseres Handelns

Deshalb ist es aus meiner Sicht auch unabdingbar, dass nur eine von der Gesellschaft getragene Lösung das Problem tatsächlich in den Griff bekommen wird. Dabei wird es sicherlich notwendig sein, dass mehr Ausgewogenheit und Nüchternheit als bisher zum Tragen kommen. Nur Euphorie oder Fremdenhass in der Berichterstattung verfälschen die Realität. Wer in Sorge ist und sich fürchtet, ist deshalb nicht ein Rassist. Auch auf diesen Teil der Bevölkerung kommt es sehr wohl an. Und bei allem Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer, ohne die in vielen Kommunen schon jetzt

nichts mehr ginge, erachte ich in der gegenwärtigen Situation Jubelszenen an Bahnhöfen für genauso wenig angebracht wie das Mantra der Willkommenskultur.

Unsere Ordnung ist das Maß der Dinge

Natürlich bedürfen Menschen aus Kriegsgebieten und politischer Verfolgung unsere Hilfe, das steht außer Frage und das sagen uns unser Menschenverstand und auch unser Glauben. Dennoch müssen wir uns eingestehen, dass unsere Möglichkeiten als Land mit weniger als 1 % der Weltbevölkerung begrenzt sind. Unser Herz und unsere Hilfe dürfen in einer solchen Situation nicht zur Last oder gar zur Existenzfrage für die eigene Bevölkerung werden. Das bedeutet, dass unser Land weder finanziell, noch gesamtgesellschaftlich überfordert werden darf. Menschen, die ausschließlich von unserem Wohlstand angelockt werden, können nicht von uns aufgenommen werden. Das müssen wir klar formulieren, aber auch klar mit unserem Handeln demonstrieren. Ebenso dürfen sich heutige Asylbewerber, die womöglich dauerhaft bei uns bleiben werden, nicht nur auf 16a des Grundgesetzes berufen, sondern müssen sich auch uneingeschränkt an die ganze Verfassung sowie Recht und Gesetz halten. Auch wenn sich unser Land auf lange Sicht durch den Einfluss anderer Kulturen verändern mag, so ist es an den Neuankömmlingen, sich an die Gegebenheiten bei uns anzupassen und nicht umgekehrt. Es hilft nicht, anfänglich über bereits bestehende Probleme hinwegzuschauen. Wir müssen bereits aufgetretene Defizite und Fehlverhalten klar ansprechen. Alles andere schürt Unfrieden und Intoleranz. Dann werden all unsere Anstrengungen ins Leere laufen. Die öffentliche Ordnung darf nicht in Gefahr geraten – egal von wem auch immer verursacht.

Verfahren in geordnete Bahnen bringen

Im Moment arbeiten die Verantwortlichen wie auch die Ehrenamtlichen auf allen Ebenen am Limit, das kann man nicht genug würdigen. In einigen Bereichen laufen die Verfahren aber nicht mehr in den geordneten Bahnen, so wie

wir es gewohnt sind. Auch das gehört zur Wahrheit. Das gilt nicht nur allein für die langen Bearbeitungszeiten von Asylanträgen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Für mich kommt es jetzt insbesondere darauf an, dass wir wieder in allen Bereichen Herr des Verfahrens sind. Wir müssen noch genauer schauen, wer da zu uns kommt und wer davon überhaupt einen Anspruch auf Asyl hat. Das Ganze müssen wir bereits an unseren Grenzen tun. Ebenso müssen wir Menschen ohne Anspruch auf Asyl schnell wieder in ihre Heimat bringen. Wir müssen auch alle unnötigen Anreize abbauen, überhaupt zu uns kommen zu wollen. Das Ziel müssen kurze und schnelle Verfahren sein. Es gibt viele positive Beispiele in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, wie das besser geht. Schnelle Verfahren sparen Geld und sind human, da sie nicht unberechtigte Hoffnungen wecken.

Grundgesetzänderung ist kein Tabubruch

Ich bin guter Dinge, dass wir die richtigen Weichen zeitnah stellen werden. Die wesentlichen Problemfelder sind identifiziert. Viele konstruktive Vorschläge liegen auf dem Tisch, insbesondere mit Blick auf die Anpassung des Asylrechts, um Missbrauch unserer Hilfe effektiv zu begegnen. Diese gilt es nun Schritt für Schritt in eine konsistente Gesamtstrategie zusammenzufügen. Für mich ist es in diesem Zusammenhang auch kein Tabubruch, wenn wir unser Grundgesetz, das vor dem Hintergrund einer anderen Zeit und anderer Herausforderungen entstanden ist, zumindest teilweise ändern müssten. Ich denke diesbezüglich bspw. an überlange Rechtswege bei Asylangelegenheiten, die rigorose Leistungskappung bei jeglicher Verweigerung der Identitäts- und Herkunftsfeststellung oder die Abschaffung der Individualprüfung bei Flüchtlingen aus sicheren Herkunftsstaaten. Ich hoffe, dass sich diese Auffassung schnell auch bei den anderen, in Asylfragen oft dogmatisch handelnden Parteien durchsetzen wird.

Stabilität in Syrien erreichen, um Flüchtlingsströme zu uns zu beenden

Verschiedene Debatten und Gesetzgebungsverfahren im Deutschen Bundestag wurden in den vergangenen Wochen unweigerlich durch die Flüchtlingskrise beeinflusst oder fanden wegen ihr überhaupt statt. So auch eine außenpolitische Debatte in der ersten regulären Sitzungswoche nach der Sommerpause bei der wir die Möglichkeiten für neue Friedensimpulse für Syrien debattiert haben. Schließlich stammt knapp die Hälfte aller Menschen, die derzeit in die EU strömen, aus Syrien, und knapp die Hälfte aller Asylanträge innerhalb der EU wird in Deutschland gestellt. In meiner Rede für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion betonte ich, dass in der gegenwärtigen Situation jeder Bürger in unserem Land die Folgen der Globalisierung ganz konkret vor der eigenen Haustür zu spüren bekommt. Man erkennt gerade, dass die Grenzen zwischen innenpolitischen und außenpolitischen Prozessen immer mehr verschwimmen. Mit Blick auf das Flüchtlingsproblem sollten wir das bestehende Problem wieder stärker außenpolitisch betrachten, anstatt nur zu versuchen, die unmittelbaren Auswirkungen der Menschenmassen mit viel Geld bei uns in den Griff zu bekommen. Die Rede finden Sie [hier](#).



Deutsche Initiative unter Einbeziehung Russlands und der Regionalmächte

Ich teile deshalb unverändert die im letzten Jahr von Bundesaußenminister Steinmeier, Verteidigungsministerin von der Leyen und auch Bundespräsident Joachim Gauck

formulierte Forderung, dass wir uns wir schneller, entschiedener und substanzieller außenpolitisch engagieren müssen. Wir können außenpolitisch viel Gutes für andere und auch für uns tun, zumal gerade jeder in Afrika eingesetzte EUR sich in mehrfacher Hinsicht amortisiert. Allerdings zeigt uns das derzeitige Dilemma in Sachen Flüchtlinge auch, dass wir für eine größere außenpolitische Handlungsfähigkeit unsere Finanzierungszusagen einhalten müssen. Das gilt bspw. für das 0,7%-Ziel bei der Entwicklungshilfe, für das 2%-Ziel der NATO-Mitglieder für Verteidigungsausgaben oder aber auch für die Ausgaben für die zivile Krisenprävention im Bereich des Auswärtigen Amtes. Da aus meiner Sicht eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft, müssen wir uns bei den abschließenden Haushaltsberatungen auch noch einmal die Frage nach der finanziellen Bedeutung der Außenpolitik stellen. In Bezug auf die stärker werdende Instabilität in Syrien und in Verbindung mit dem zunehmenden Engagement Russlands bin ich der Meinung, dass Deutschland die gegenwärtige Chance ergreifen und eine Initiative für eine politische Lösung in Syrien starten sollte. Im Moment sehe ich die Chance, dass man alle wichtigen Akteure – das sind die USA und Russland, aber gerade auch Iran, die Türkei und auch Saudi-Arabien – an einen Tisch bekommen könnte. Wir haben aktuell ja selbst ein riesengroßes Interesse an einem solchen Prozess. Schließlich würde mehr Stabilität in Syrien spürbar weniger Flüchtlinge bei uns bedeuten.



Thorsten Frei im Gespräch mit Schülern aus Triberg, Donaueschingen und Bad Dür rheim

Einen besonderen Start ins neue Schuljahr erlebten die Schüler der 11. Klasse des Schwarzwald-Gymnasiums aus



Triberg sowie der 10. Klasse der Realschule am Salinensee in Bad Dür rheim im Rahmen einer Exkursion in die Bundeshauptstadt Berlin. Bei ihrer Stippvisite in den Reichstag stand ich ihnen für eine Diskussion unter politischen Gesichtspunkten zur Verfügung. Ebenso habe ich mich über den Besuch einer kleinen Gruppe von sechs Schülern des Fürstenberg Gymnasiums aus Donaueschingen gefreut, die beim Deutschen Gründerpreis in der Schüler-Kategorie in einem Existenzgründer-Planspiel mit mehr als 1.000 Teams und mehr als 4.000 Schülern einen ausgezeichneten zweiten Platz errungen haben und sich anlässlich eines Existenzgründer-Workshop in Berlin aufhielten.



Aktuelles aus dem Wahlkreis

Energiewende bei der Firma Best Pellets in Deislingen und Villingen-Schwenningen thematisiert

Auf Einladung des Geschäftsführers der Firma best:pellets, Siegfried Huber, konnte ich bei einer Vor-Ort-Besichtigung einen Überblick über das Unternehmen und seine Geschäftsaktivitäten gewinnen. best:pellets ist ein Gemeinschaftsunternehmen der beiden Muttergesellschaften ZG Raiffeisen Energie und German Pellets, das

Holzpellets in ganz Südwestdeutschland verbreitet. Im weiteren Verlauf der Gespräche sind insbesondere die von der Bundesregierung im Sommer verabschiedeten Eckpunkte für die weitere Energiewende sowie die zu erwartenden Auswirkungen der politischen Entscheidungen auf das Geschäft zum Tragen gekommen. Mit Blick auf die Weichenstellungen der Bundesregierung machte ich dabei deutlich, wie froh ich bin, dass der klimapolitisch kontraproduktive, volkswirtschaftlich schädliche und unsoziale Vorschlag einer Klimaabgabe nun endgültig vom Tisch ist. Gleichzeitig betonte ich aber auch, dass für mich die Versorgungssicherheit für die Menschen in unserem Land oberste Priorität hat. Deshalb ist für mich der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien nur sinnvoll, wenn auch der Netzausbau voranschreitet. Die von best:pellets vorgestellte, nahezu klimaneutrale Möglichkeit der Verbrennung von Holzpellets, die aus nicht sägefähigem Rundholz erzeugt werden, habe von allen Energieträgern mit Abstand das größte CO₂-Sparpotential und sei sowohl versorgungssicher als auch regenerativ nachwachsend. Gerade im Hinblick auf das Erreichen unserer ambitionierten Klimaziele erachte ich diesen Energieträger deshalb als sehr beachtenswert.



[Guido Wolf und Thorsten Frei besuchen Flüchtlingsunterkunft in Donaueschingen](#)

Anfang September habe ich zusammen mit unserem Spitzenkandidaten zur Landtagswahl, Guido Wolf MdL, und dem Landrat des Schwarzwald-Baar-Kreises, Sven Hinterseh, die Flüchtlingsunterbringung in Donaueschingen besucht. Im vergangenen Dezember hatte ich bereits die Flüchtlingsunterkünfte in St. Georgen, Villingen und Schwenningen besucht. Die mit

dem im Vergleich zu den Vorjahren stark angestiegenen Flüchtlingszahlen haben sich innerhalb kürzester Zeit zur größten Herausforderung in Deutschland und der EU entwickelt. Die vielschichtigen Bilder sind in den Medien und den Köpfen der Menschen omnipräsent. Wir sind uns einig: Wir benötigen eine Entbürokratisierung und Beschleunigung der Abläufe. Die Verfahrensdauer muss deutlich reduziert werden.



Während des Besuchs in der Bedarfsunterkunft in Donaueschingen konnte ich mich von der großen ehrenamtlichen Hilfsbereitschaft vieler engagierter Bürger überzeugen. Ohne ihren Einsatz könnten wir heute womöglich an vielen Stellen nicht mehr die notwendige Hilfe für die Flüchtlinge bereitstellen. Problematisch ist vor allem, dass die bestehenden Einrichtungen aus allen Nähten platzen und immer wieder neue Einrichtungen von jetzt auf hier aus dem Boden gestampft werden. In diesem Zusammenhang begrüße ich die Zusage der Bundesregierung, in spürbarem Maße für den Aufbau und den Unterhalt großer Erstaufnahmeeinrichtungen mit Verteilungsfunktion zu sorgen. Von unserer Landesregierung würde ich mir wünschen, dass sie die Landkreise, Städte und Gemeinden nicht immer wieder im Regen stehen ließe, was die Informationspolitik und den Organisationsaufwand betrifft. Ansonsten könnte auch die größte Hilfsbereitschaft unserer Bevölkerung ins Gegenteil kippen.

[Fair Trade hilft Fluchtursachen zu bekämpfen](#) [Im Rahmen der bundesweit veranstalteten](#)

Fairen Woche besuchte ich vor zwei Wochen das Faire Frühstück im Weltladen Donaueschingen. Die rund 800 Weltläden in Deutschland bieten nicht nur ein attraktives, breit gefächertes Sortiment fair gehandelter Waren, sondern leisten

darüber hinaus gemeinsam mit einer großen Zahl von Aktionsgruppen Informations-, Bildungs- und Kampagnenarbeit zum Fairen Handel. In der Rückschau auf meinen ersten Besuch im Weltladen Donaueschingen im Jahr 2004 freue mich über eine durchweg positive Entwicklung in den letzten zehn Jahren. Die Verbraucher in Deutschland haben im Jahr 2014 mehr als 1 Milliarde für fair gehandelte Produkte ausgegeben, was eine Verzehnfachung in diesem Zeitraum bedeutet. Dadurch wird deutlich, dass der Faire Handel längst nicht mehr eine Nische besetzt, sondern zum wichtigen Instrument der weltweiten entwicklungspolitischen Zusammenarbeit geworden ist. Fair Trade gewinnt gerade derzeit durch die großen Flüchtlingsströme an Bedeutung. Schließlich ist die Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in den Heimatregionen die beste Bekämpfung von Fluchtursachen. Wie wichtig dieses Thema besonders im Bereich der Textilindustrie ist, erläuterte ich am Beispiel der Textilfabriken in Karachi, die ich erst kürzlich besuchte und in denen alles produziert wird, vom Boss-Anzug bis zum Billig-Discount-T-Shirt. Mein Fazit zu Fair Trade: Jeder Einzelne kann über sein Konsumverhalten Einfluss auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in Entwicklungsländern nehmen. Daran sollten wir alle auch im täglichen Leben immer wieder denken. Und klar ist auch, dass auf Dauer niemand auf Kosten aller anderen leben kann.



Höherer Mindestlohn zementiert Hartz IV

Anlässlich der Forderung von Bundesarbeitsministerin Nahles nach einer Erhöhung des Mindestlohns über 8,50 EUR/h in 2016 habe ich ein Pressestatement verfasst. Die Forderung erachte ich als völlig sachfremd und an den Herausforderungen und Realitäten unseres Landes vorbeigehend. Wir haben vermutlich hunderttausende Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies wird mit einem steigenden Mindestlohn immer weniger gelingen. Gerade auch die ernüchternden Zahlen, die die Ministerin erst in der letzten Woche hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit und Qualifikation der Asylbewerber vorgelegt hat, verdeutlichen die Problemlage. Die Pressemitteilung können Sie [hier](#) nachlesen.

Redaktionsbesuche beim Schwarzwälder Boten und beim Südkurier

In vergangenen Monat habe ich beim Schwarzwälder Boten in Oberndorf am Neckar und beim Südkurier in Konstanz jeweils Redaktionsgespräche geführt. Themen waren insbesondere die Asyl- und Flüchtlingspolitik, der langsam an Fahrt aufnehmende Landtagswahlkampf und die Zukunft des ländlichen Raumes. Die Interviews können Sie auf meiner [Homepage](#) abrufen.

Nächste Bürgersprechstunde am 29. Oktober

Meine nächste Bürgersprechstunde in meinem Wahlkreisbüro in Villingen-Schwenningen findet am 29. Oktober 2015 in der Zeit von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr statt. Wenn Sie ein Gesprächstermin haben möchten, dürfen Sie sich gerne an meinen Mitarbeiter Herrn Bernd Böhm wenden unter der Telefonnummer 07721 / 99 535 44,

Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU